

1981 wurde mir anlässlich der Stationierungsdebatten bewusst, dass wir auf einem Pulverfass sitzen und man dabei ist, mit den neuen Atomwaffen eine weitere Lunte zu legen.

Für mich war es die Aufforderung, mich zu informieren und zu engagieren. Demonstrationen in Bonn, wo uns vor dem Bundeskanzleramt Wasserwerfer mit Tränengas empfangen (was in der Presse anschließend geleugnet wurde). Demonstrationen auch in Mutlangen, Schwäbisch Gmünd, im Hunsrück und in Fischbach gegen Giftgaslagerung. Dazu Aktionen zivilen Ungehorsams mit sogenannten Blockaden und Protestaktionen in militärischen Anlagen oder in der Bunkerbaustelle in Linnich- Glimbach, wo für künftige Atomkriege eine atombombensichere Befehlszentrale eingerichtet werden sollte. Geldstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen im Gefängnis waren die Folgen, die ich guten Gewissens auf mich nahm.

Bis 1990 glaubte ich noch an eine Demokratische Stärke, die bei Politikern zumindest ein Aufhorchen erkennen lässt, wenn ihre Bürger sich zu Fragen von Frieden und Krieg äußern. Wie froh war ich, als ich von Dr. Helmut Kohl, der ja 1983 noch verkündete: -die demonstrieren, wir regieren-, hörte: Die Macht des Stärkeren darf sich nicht durchsetzen!

Diese Äußerung betraf jedoch nur den Irak, wie ich im Verlauf der weiteren Ereignisse erkennen musste. Mit einer Reise in den Irak versuchte ich mit anderen Menschen aus der „Initiative Frieden am Golf“ an die westlichen Politiker zu appellieren, hier nicht zu eskalieren. Letztlich legten es die „zivilisierten“ Westmächte es aber doch mit all ihrer Übermacht darauf an, die Konflikte dort mit militärischer Gewalt zu lösen. Kurz darauf begannen auch auf dem Balkan die kriegerischen Auseinandersetzungen und mein Glaube an eine politisch vernünftige Ordnung in einer zivilen Welt ging mir verloren.

Auch der Krieg in Afghanistan wurde aus nicht sehr glaubwürdigen Gründen begonnen. Afghanistan hatte die Angriffe auf die Türme in New York nicht zu verantworten. Ebenso gut hätte Deutschland eine Teilverantwortung übernehmen müssen, da Teilnehmer der Terrorgruppe aus Deutschland kamen. Afghanistan ist ein Beispiel dafür, wie ein Land immer wieder aus den verschiedensten Gründen in einen Krieg gezogen wird im Interesse anderer Mächte. Als die Sowjets die dortige Regierung zur Marionette gemacht hatte, wurden die Taliban von den Amerikanern militärisch ausgerüstet und beratend unterstützt, nun mussten die Taliban bekämpft werden, weil sie ihre Waffen gegen die Interessen der Amerikaner einsetzten.

Kein Zweifel, ich möchte keinesfalls von Politikern regiert werden, die wie die Taliban denken und handeln und die Menschen in Afghanistan verdienen jede Unterstützung um sie dagegen zu stärken. Aber das muss mit aufbauenden Mitteln, mit Bildung und zivilen Hilfen

geschehen und darf nicht durch weitere Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen konterkariert werden.

Es gibt in Deutschland unter anderem den zivilen Friedensdienst. Hier können Mechanismen gelernt werden, mit denen man Konflikte bearbeiten kann, bevor sie eskalieren. Diese Kräfte erfahren bei Weitem nicht die notwendige Unterstützung und den nötigen Ausbau. Einen Teil der militärischen Ausgaben in diesen Bereich übertragen und die Chancen würden erheblich steigen, gewaltförmige Konflikte zu transformieren.

Dazu gehört natürlich auch die Bereitschaft der starken Nationen, die Ressourcen dieser Erde gerecht zu verteilen und keinen Anspruch auf die Schätze der unterlegenen Nationen zu erheben.

Das klingt in den Aussagen unserer Politiker nicht so, wenn sie den Krieg in Afghanistan mit dem Schutz unserer Interessen begründen.

Im Jahre 2002 klagte ich bereits einmal vor diesem Gericht gegen die Heranziehung meiner Steuergelder für die Finanzierung von Militär und Krieg. Ich versuche es mit den Klagen der vergangenen 2 Jahre erneut, weil sich die Situation zunehmend verschärft. Deutschland ist drittstärkster Waffenhändler der Welt, wir verdienen gut am Elend dieser Welt. Despoten, die hochgerüstet werden, müssen irgendwann durch Kriegsmacht an der Anwendung ihrer Waffen in die „falsche Richtung“ gehindert werden. Aber noch vorher fehlen die dafür verwendeten Ressourcen bei der friedlichen Beilegung von Konflikten und bei der Beseitigung des Elends in den Hungerländern und der ungerechten Verteilung des Reichtums.

Ich will nicht daran beteiligt sein, mit meinen vorhandenen Möglichkeiten diesen Wahnsinn zu unterstützen. Meine Versuche, dieses Leben mit möglichst wenig Schaden für die Zukunft der Natur und der Menschheit zu verbringen, gestalten sich mit sparsamem Umgang der Ressourcen, vegetarischer, neuerdings auch veganer Ernährung, Einkäufe in Weltläden und Bioläden und mit dem Einkauf möglichst fair produzierter Bekleidung, Finanzierung einer Solaranlage auf meinem Hausdach sowie Spenden an mehrere Hilfsorganisationen, die schon heute für ein wenig Ausgleich sorgen, damit Menschen auch außerhalb Europas überleben können.

Nun zu den juristischen Fragen: ich erwarte die Anerkennung meiner Gewissensnot, die als persönliche Härte eine Einziehung des Anteiles meiner Steuern, die zu Militär und Krieg verwendet werden, als unbillig unmöglich machen. Es gibt ein Grundrecht darauf, vom Staat nicht zu gewissensbelastenden Handlungen gezwungen zu werden. Unser Grundgesetz verpflichtet den Staat zur friedlichen Lösung von Konflikten. Die bisherigen kriegerischen Übergriffe sprechen eine andere Sprache und unsere Politiker zeigen zu wenig Einsatz beim wirklichen Schutz der zivilen Bevölkerungen. Dies ist auch schmerzlich zu erkennen, wenn es

Menschen aus Armutsländern schaffen, nach Europa zu kommen und ihnen dann das Asylrecht verwehrt wird.

Das immer wieder angeführte Budgetrecht ist eine staatsordnungsrechtliche Regelung, die meines Erachtens kein Grundrecht außer Kraft setzen kann. Es dient dem Schutz des Parlamentes gegenüber der Regierung und ist kein Verfassungsrecht gegenüber den Bürgern. Mein Grundrecht auf Gewissensfreiheit ist somit hier nicht infrage gestellt.

Nach der Abgabenordnung, können gemäß § 227, (1) die Finanzbehörden Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis ganz oder zum Teil erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.... Die Steuern können auch nach § 163 (1) niedriger festgesetzt werden,....wenn die Erhebung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.

Dass eine „erhebliche Härte“ bisher nur bei wirtschaftlicher Not anerkannt wurde, ist eine nicht gerechtfertigte Einengung des Begriffes. Die Finanzbehörden haben also die Möglichkeit anders zu entscheiden als bisher gewohnt und ich hoffe nach wie vor auf eine Weiterentwicklung des Rechtes auch bei uns in Deutschland. Sie haben dazu heute eine Chance.

Ich habe im Januar dieses Jahres eine öffentliche Steuererklärung abgegeben, mit der ich den steuerlich relevanten Teil für Rüstung und Militär eigenmächtig umwandelte für soziale und zivile Zwecke. Dies habe ich getan, weil ich eine Fortsetzung der bisherigen Praxis der Finanzbehörden befürchte und mir eine fortwährende Klageerhebung abverlangt würde. Das wird mir in der Zukunft zu teuer und zu aufwändig. Diese Klagen heute haben bereits 440 € verschlungen und der Teil, mit dem Sie meine Rückstellung einer Nachzahlung abgelehnt haben, hat mich bisher weitere fast 100,00€ gekostet.

Ich möchte mich mit der Steuerreduzierung keinesfalls bereichern, sondern ich betone: mir ist ein starker Staat wichtig, der in der Lage ist, zu einem Lastenausgleich zwischen den mächtigen und den ohnmächtigen, den reichen und den armen Bürgern unseres Landes zu führen und der zum Frieden in der Welt mit zivilen Mitteln beisteuern kann. Ich will nicht mit dem Staat zusammenarbeiten, wenn es um Militär, Rüstung und Krieg geht.

Ich beantrage also die Stundung dieses Militärsteueranteiles in Anerkennung meines Rechtes auf Gewissensfreiheit, bis eine gesetzliche Regelung zur Zivilsteuerzahlung vorliegt. Die Finanzbehörden können einen Ermessensraum nutzen.

Ria Makein,

47551 Bedburg-Hau, Kalkarer Str. 79 am 21.03.2013

Öffentliche Steuererklärung

Ria Makein, geb. am 08.06.1952

Wohnhaft: Kalkarer Str 79, 47551 Bedburg-Hau

Ich erkläre hiermit, dass der Anteil meiner Steuerzahlungen, der jährlich in Militär und Rüstung verschwendet wird, von mir zu zivilen und sozialen Zwecken umgewidmet wird.

Dieser Teil wird folglich von allen anderen Steuerbürgern mit übernommen.

Ich bin nicht bereit hinzunehmen, dass Menschen im Elend leben müssen, während mein wohlhabender Staat vorhandene Ressourcen zur Vorbereitung von Mord und Totschlag verwendet und die Lösung der Konflikte zu wenig durch Friedenspolitik anstrebt.

Ria Makein

20.01.2013